

FDP Taunusstein Kommunalpolitik

UMWELT UND NATURSCHUTZ: BIOSPHÄRENREGION

10.01.2021

Der Zustand:

Das Hessische Umweltministerium hat für viel (Steuer)-Geld eine **Machbarkeitsstudie** in Auftrag gegeben. Diese sollte klären, ob die Stadt Wiesbaden, der **Rheingau-Taunus-Kreis** und Teile des Main-Taunus-Kreises zu einer **Biosphärenregion** werden sollen. Eine Biosphärenregion ist eine von der UNESCO anerkannte Modellregion für "nachhaltige Entwicklung".

FDP konkret - Was ist zu tun?

- Nicht überall, wo "Bio" draufsteht, ist auch Bio drin.
- Wir sind gegen die Einrichtung dieser so genannten Biosphärenregion. Die Zielsetzung dieses Vorhabens ist nicht definiert, die Konsequenzen daher unberechenbar und die Umsetzung ist unklar. Trotz Unklarheit über die Ziele wurde viel Geld und Zeit für eine Machbarkeitsstudie ausgegeben und damit eine Kommunikationsagentur beauftragt, die dem Partner einer grünen Bundestagsabgeordneten gehört. Auch die Machbarkeitsstudie konnte nicht darüber aufklären, was genau eigentlich erreicht werden soll.
- Laut Bundesnaturschutzgesetz sind Biosphärenreservate zu schützen wie Naturschutzgebiete. Somit würde zum Beispiel die gesamte Stadt Wiesbaden zu einem Naturschutzgebiet erklärt. Schon diese Vorstellung ist absurd und weltfremd.
- In festgelegten Kernzonen würde der Wald sich selbst überlassen werden, mit der romantischen Vorstellung, dass er sich dann "erholen und renaturieren" würde.
 Dem widersprechen Förster und auch die "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald". Im Gegenteil belegen neueste Forschungs-ergebnisse, dass die Artenvielfalt



in bewirtschafteten Wäldern erheblich höher ist als dort, wo der Mensch nicht mehr eingreift. Es kommt dann eher zur Vermehrung von Schädlingen (Borkenkäfer!) und invasiven Arten, die unsere heimischen Tierarten bedrohen.

- Außerdem ist ein gut gepflegter und bewirtschafteter Wald ein wichtiger Rohstofflieferant.
- Wir sehen keinen Nutzen in der Errichtung einer Biosphärenregion. Wir befürchten vielmehr, dass sie für mehr Bürokratie und Restriktionen für unsere Wirtschaft, vor allem für unsere Landwirte sorgen wird. Es gibt keine Förderprogramme, das heißt, unsere Kommune würde durch zusätzliche Kosten unnötig belastet. Das lehnen wir entschieden ab.